

**Julia Bee, Lilli Hallmann,
Franziska Klemstein, Jannik Noeske (Hrsg.)**

Auf dem Weg zum
Erinnerungsort –
das Gebäude der
NS-Medizinbürokratie
in Weimar



LUCIA VERLAG

**Julia Bee, Lilli Hallmann,
Franziska Klemstein, Jannik Noeske (Hrsg.)**

Auf dem Weg zum
Erinnerungsort –
das Gebäude der
NS-Medizinbürokratie
in Weimar



LUCIA VERLAG

**Julia Bee, Lilli Hallmann,
Franziska Klemstein, Jannik Noeske (Hrsg.)**

Auf dem Weg zum
Erinnerungsort –
das Gebäude der
NS-Medizinbürokratie
in Weimar

Mit freundlicher Unterstützung von



kvt
Kassenärztliche
Vereinigung Thüringen



LUCIA VERLAG

Inhalt

Einleitung

- Die Bauhausstraße 11 auf dem Weg zum Erinnerungsort – Einführung in die Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11
18 _ Julia Bee, Lilli Hallmann, Franziska Klemstein, Jannik Noeske
- Die Geschichte der Bauhausstraße 11 – eine Annäherung
44 _ Anne Genkel
- Die Bleiglasfenster der Bauhausstraße 11 – eine kommentierte Bildstrecke
47 _ Lilli Hallmann und Jannik Noeske

Räume der Erinnerung

- Das ehemalige Thüringer Ärztehaus in Weimar. Ein unbequemes Denkmal?
62 _ Franziska Klemstein
- Zwischen Bürokratie und Ästhetisierung.
Das sogenannte Thüringer Ärztehaus als szenischer Raum der NS-Ärzteschaft
74 _ Lilli Hallmann
- Das zukünftige Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus
im ehemaligen Gauforum in Weimar. Standort – Schwerpunkte – Perspektiven.
86 _ Dorothee Schlüter, Daniel Logemann
- Völkische Zeichen und vermeintliche Tradition – Das Dorfgemeinschaftshaus
der SS in Wewelsburg
94 _ Erik Beck
- Der Architekt Georg Schirrmeister. Eine Karriere im Nationalsozialismus
108 _ Jannik Noeske
- ›Volksgesundheit‹ und Verbrechen im Nationalsozialismus
- Ärztliche Standes- und Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus
114 _ Rebecca Schwoch
- Verordnete Mikropolitiken der ›Volksgesundheit‹ Sammeln und Vermitteln
im Umfeld des ehemaligen Thüringer Ärztehauses
124 _ Jörg Paulus, Kristin Victor, Lilli Hallmann

Zu Schuld und Täterschaft von Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen
zur Zeit des Nationalsozialismus – Fallstudien aus der Region des
heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt

144 _ Viola Schubert-Lehnhardt

Prisoner Euthanasia in Buchenwald

154 _ Yael Bachrach Barzilai

Geschichte vergegenwärtigen

Das Projekt Geschichte der Ihnstraße 22: Auf dem Weg zu einem
Erinnerungsort zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche
Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem

168 _ Manuela Bauche, Danna Marshall, Volker Strähle

Verdrängt? Der NS-Krankenmord und die deutsche Erinnerungskultur

178 _ Jens-Christian Wagner

Erinnern gestalten

Städtebau und Erinnerung – lokale und nationale Perspektiven.

190 _ Interview mit Max Welch Guerra

Entwicklung der Erinnerungsmedien in der Bauhausstraße 11

197 _ Anne Genkel

Campus Bauhaus-Universität Weimar – eine Erinnerungstopographie

204 _ Jannik Noeske

218 _ Kurzbiographien der Beitragenden

220 _ Impressum

Einleitung

JULIA BEE

LILLI HALLMANN

FRANZISKA KLEMSTEIN

JANNIK NOESKE

Die Bauhausstraße 11 auf dem Weg zum Erinnerungsort – Einführung in die Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11

Das heutige, von der Bauhaus-Universität Weimar genutzte Gebäude der Bauhausstraße 11 ist bisher wenigen in Weimar als ehemaliges NS-»Ärztehaus« bekannt. Um die Geschichte des Gebäudes aufzuarbeiten und gleichzeitig die Möglichkeit zu schaffen, durch diesen lokalen Täterort Reflexionspunkte auf die Unrechtsgeschichte des Nationalsozialismus im Alltag zu verankern, ist das Projekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11 – auf dem Weg zum Erinnerungsort* angetreten. Die hier versammelten Beiträge von interdisziplinär arbeitenden Historiker:innen, Medienwissenschaftler:innen, Urbanist:innen, Künstler:innen und Kunsthistoriker:innen setzen sich mit Geschichte und Gegenwart des ehemaligen sogenannten Ärztehauses als Knotenpunkt der lokalen und überregionalen Medizingeschichte im NS auseinander.

In der vorliegenden Einleitung geben wir zunächst die bisher wenig aufgearbeitete Gebäudegeschichte wieder, um anschließend darüber zu berichten, wie wir Erinnerungsmedien in Form eines Rundgangs am Gebäude konzipiert haben. Wir wollen damit einen Ausblick auf die geplanten Stationen ermöglichen. Wir, sowie alle Mitwirkenden dieses Bandes, setzen uns im vorliegenden Text mit dem Entstehen eines Ortes auseinander, der bis heute sichtbare Merkmale der NS-Architektur sowie damit einhergehender Bilder und Mythen trägt. Indem wir über das Projekt und unsere Arbeit berichten, historisieren wir auch unsere eigene Arbeit am Gebäude, die längst nicht alles aufarbeiten konnte. Unser Fokus auf die NS-Geschichte soll besonders für die vermeintlich »zu vernachlässigende« Bürokratie und Institutionengeschichte

sensibilisieren.¹ Zum Zeitpunkt des Entstehens dieses Textes befindet sich die Bauhausstraße 11 im Umbau und soll daraus flankiert mit Erinnerungsmedien hervortreten, auf die wir in diesem Text einen Ausblick geben. Wir freuen uns, – und darum soll es im letzten Teil gehen – dass die Bauhaus-Universität Weimar insgesamt die Initiative ergriffen hat, die NS-Vergangenheit auch anderer durch die Hochschule nachgenutzter Gebäude erneut zu thematisieren.² Dies steht für einen erinnerungspolitischen Aufbruch, der hoffentlich durch weitere lokale Initiativen in der Region und darüber hinaus an verschiedenen Orten und in verschiedenen Institutionen weitergeführt wird. Auf diese Weise wird ein mehrdimensionales, verflochtenes und prozessuales Erinnern ermöglicht. Dieses wiederum kann zu einem Netzwerk an Orten beitragen, an denen in Thüringen und darüber hinaus auf kritische und engagierte Weise gegen das Vergessen und Verdrängen, gegen die Normalisierung und gegen die zuweilen beobachtete Reaktivierung von NS-Architekturen und Symbolen eingetreten wird. Ein solches Netzwerk, das sich Geschichtsrevisionismus, antidemokratischen bis hin zu antisemitischen Ressentiments entgegenstellt, braucht es aktuell insbesondere auch in Thüringen: bei der im Herbst 2024 anstehenden Landtagswahl könnte die AfD laut derzeitigen Umfragewerten die stärkste Partei werden.³ Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, befürchtet, dass die Arbeit von erinnerungspolitischen Akteur:innen wie der Gedenkstätten von einem solchen Wahlergebnis massiv bedroht sind. Er weist auf die bereits bestehenden Gefahren des »erinnerungspolitischen Klimawandels« hin, der durch Verschwörungslegenden oder Schuldumkehr-Narrative gekennzeichnet sei.⁴ Mit der vorliegenden Publikation hoffen wir, dazu beitragen zu können, in Weimar und darüber hinaus Erinnern und Gedenken zu gestalten und diese Felder mit all den dazugehörigen Techniken und Praktiken vor einer zunehmenden rechtsextremen Aneignung zu schützen.

Bauftrag zum »Thüringer Ärztehaus«

In Gegenwart und Zukunft muss es darum gehen, die Geschichte der Bauhausstraße 11 nicht nur aufzuschreiben, sondern im Alltag der Gebäudenutzung zu verankern. Denn so groß

- 1 Die Rolle von Verwaltung und Bürokratie wird häufig nur am Rande betrachtet, siehe zuletzt Hedwig Czech u.a.: »The Lancet Commission on medicine, Nazism, and the Holocaust: historical evidence, implications for today, teaching for tomorrow«, in: The Lancet Commissions 08.11.2023 unter [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(23\)01845-7](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(23)01845-7) [Stand: 14.11.2023].
- 2 Zum Folgeprojekt des nun abgeschlossenen Vorhabens *Geschichte der Bauhausstraße 11* siehe <https://www.uni-weimar.de/de/universitaet/aktuell/bauhausjournal-online/titel/projekt-erinnert-an-die-geschichte-von-universitaetsgebaeuden-im-nationalsozialismus-2/> [Stand: 30.08.2023]. Siehe auch das durch das Bundesfinanzministerium und die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft geförderte Projekt *Beredtes Schweigen* mit Beteiligung u. a. der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie des Geschichtsvereins Lernort Weimar e.V. unter <https://www.beredtes-schweigen.de> [Stand: 01.09.2023].
- 3 Statista: »Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl in Thüringen wäre?«, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1814/umfrage/parteipraeferenz-bei-landtagswahl-in-thueringen-september/>, vom 06.07.2023 [Stand: 11.09.2023].
- 4 Jens-Christian Wagner im Interview mit Tagesschau.de: »Erleben einen erinnerungspolitischen Klimawandel«, in: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/antisemitismus-wagner-100.html> vom 02.09.2023 [Stand: 11.09.2023]. Bei der von Wagner im Interview angesprochenen Oberbürgermeister:innenwahl in Nordhausen, die direkte Auswirkungen auf die Spielräume der Gedenkstätte Mittelbau-Dora hat, erhielt der AfD-Kandidat Jörg Prophet am 10.09.2023 mit 42 Prozent die meisten Stimmen. Die Stichwahl am 24.09.2023 gewann der parteilose Amtsinhaber Kai Buchmann.

die materielle, finanzielle und ideelle Unterstützung des nationalsozialistischen Projektes ›Thüringer Ärztehaus‹ und die damit verbundene überregionale Aufmerksamkeit zum Zeitpunkt seiner Errichtung und während seines Bestehens war, so klein war viele Jahre lang die Einsicht in die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit eben jener Geschichte.

1935 gab die Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands (KVD) den Bau des ersten nationalsozialistischen Verwaltungsneubaus in Weimar, genannt ›Thüringer Ärztehaus‹, in Auftrag. Mit der KVD – 1933 gegründet und durch den sogenannten Reichsärztführer (bis 1939 Gerhard Wagner) geleitet – trat an dieser Stelle eine Akteurin auf den Plan, die bis zum Kriegsende tatkräftig am nationalsozialistischen Projekt mitgewirkt hat, insbesondere durch die Verfolgung und systematische Entrechtung jüdischer und oppositioneller Ärzt:innen. Die KVD war für die Aushandlung der Verträge zwischen Kassenärzt:innen und Krankenkassen zuständig. Im Rahmen der ›Reichsärzteordnung‹ hatte sie die Kontrolle über den gesamten Ärzt:innenstand inne – und somit die Macht, über Kassenzulassungen sowie deren Entzug zu entscheiden. Im Rahmen der ›Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz‹ vom Juli 1938 entzog sie jüdischen Ärzt:innen die Approbation. In der vorliegenden Publikation werden neben der Situation, in der sich die von derartigen Diskriminierungs- und Verfolgungspraktiken betroffenen Ärzt:innen befanden, auch die Auswirkungen der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung beleuchtet → **Schwoch: Ärztliche Standes- und Gesundheitspolitik.**

Infolge des Bauauftrags durch die Landesstelle Thüringen der KVD entstand in der damaligen Kurthstraße 11 (später Erich-Weinert-Straße, heute Bauhausstraße) die bürokratische Zentrale der NS-Gesundheitsorganisationen in Thüringen. Hier befanden sich bis zum Ende der NS-Zeit die thüringischen Abrechnungsstellen aller Institutionen, die ein Gesundheitswesen forcierten, in dem keine jüdische:r oder anderweitig verfolgte:r Mediziner:in mehr frei tätig sein konnte, in der (vermeintlich) Kranke keinen Platz haben sollten und in dem ›Gesundheit‹ als völkisch verstandene Pflicht durchgesetzt wurde.

Baufaufgabe ›Ärztehaus‹

Das ehemalige Ärztehaus in Weimar war ein repräsentatives Gebäude der nationalsozialistischen Medizinverwaltung. Die Kassenärztliche Vereinigung unterhielt zwar zahlreiche Gebäude, gab selbst aber nur wenige Neubauten in Auftrag. Der erste KVD-Neubau entstand bereits 1935 nach Plänen von Roderich Fick in München → **Klemstein: unbequemes Denkmal?** Ab 1937 existierten zudem in der Leitungsebene der Kassenärztlichen Vereinigung Ideen für einen großformatigen Neubau in Berlin. Dieses sogenannte Reichsärztehaus sollte an der Ost-West-Achse – gegenüber der damaligen Technischen Hochschule – liegen und war damit ein Teil der rigorosen NS-Umgestaltungspläne Berlins. Dieser Bau war als Dienstsitz des ›Reichsärztführers‹ geplant. Ein Vorentwurf des KVD-Architekten Walter Haedenkamp konnte den Generalbauinspektor und späteren Rüstungsminister Albert Speer nicht überzeugen, der daraufhin einen Wettbewerb unter sieben geladenen Architekten ausschrieb. Es ist davon auszugehen, dass dem städtebaulichen Anspruch, der sich aus der Lokalisierung ergab, ein »überschaubarer

Raumbedarf« gegenüberstand.⁵ Der von Carl Cramer gezeichnete Siegerentwurf von 1939 kam nicht zur Ausführung.

Zum Zwecke der politischen Ausbildung von Ärzt:innen errichtete die KVD ein Schulungslager in Alt-Rehse bei Neubrandenburg (heute Mecklenburg-Vorpommern). Diese ›Führerschule der deutschen Ärzteschaft‹ wurde bereits im Jahr 1933 durch den Hartmannbund initiiert. Durch Unterstützung von Rudolf Heß und Martin Bormann in ihren Funktionen beim ›Stab des Stellvertreters des Führers‹ wurde das 30 Hektar umfassende Gelände am Tollensesee durch den Hartmannbund erworben und 1936 mit in die KVD eingegliedert. Ab 1934 entstanden dort nach Plänen des Architekten Hans Haedenkamp⁶ 22 Neubauten, darunter drei Schlafhäuser für Ärzt:innen, eine sogenannte Schulungsburg, eine Turnhalle sowie Wohnhäuser für Lehrende und Angestellte. Die Gebäude, allesamt in einem unspezifischen Heimatschutz-Stil errichtet, vermitteln ihre vermeintlich überregionale Bedeutung, indem sie jeweils nach deutschen Städten benannt wurden. Zusätzlich dazu deuten die Inschriften auf das Baujahr – gezählt ab 1933: zum Beispiel »Haus Leipzig, errichtet im 3. Jahr«.

Alt-Rehse steht wie kein zweiter Ort für die willige Umstellung des Gesundheitswesens auf die menschenverachtende nationalsozialistische Gesundheitspolitik. In seiner lagermäßigen Organisation ermöglichte er es, junge Ärzt:innen, Zahnärzt:innen, Hebammen, Apotheker:innen und nicht zuletzt Funktionäre gemäß der rassistischen Gesetzgebung zu schulen und ideologisch an das NS-Regime zu binden. Alt-Rehse wurde so zum Ort der Konsolidierung nationalsozialistischer Einstellung in der Ärzteschaft jenseits von gesundheitspolitischen Zwangsmaßnahmen und stellt somit eine Voraussetzung für die von deutschen Ärzt:innen, Hebammen und sonstigen Angehörigen des Gesundheitsdienstes begangenen ›Euthanasie-Verbrechen, Zwangsabtreibungen und Krankenmorde dar.⁷

- 5 Katharina Steudtner, Hans Georg Hiller von Gaetringen: »Berlin, Wettbewerb Reichsärztehaus«, in: Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (Hrsg.): Der »Auftrag Speer« der Staatlichen Bildstelle Berlin. Zur wissenschaftlichen Erschließung eines fotografischen Bestandes im Messbildarchiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Berlin 2022, S. 76–77.
- 6 Eine Verwandtschaft mit Walter Haedenkamp, dem Architekten des Hartmannbundes und später der KVD kann an dieser Stelle weder belegt noch ausgeschlossen werden, ebenso mit dem Gesundheitsfunktionär Karl Haedenkamp.
- 7 Zu Alt-Rehse vgl. Thomas Maibaum: »Die Führerschule der deutschen Ärzteschaft Alt-Rehse«, Dissertationsschrift. (Universität Hamburg 2007), <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/handle/ediss/1888> [Stand: 29.08.2023] sowie Rainer Stommer (Hrsg.): Medizin im Dienste der Rassenideologie. Die »Führerschule der Deutschen Ärzteschaft« in Alt Rehse, Berlin 2017.

Die Institutionen des NS-Gesundheitswesens im ›Thüringer Ärztehaus‹

Das Spezifische am ehemaligen sogenannten Ärztehaus in Weimar ist die Vielzahl der NS-Medizinorganisationen, die – mitunter trotz gegenseitiger Konkurrenz – unter einem Dach zentralisiert wurden.⁸ Auf diese Weise konnte sich ein NS-ideologischer, bürokratischer Knotenpunkt des Gesundheitswesens in besonders starker Ausprägung entwickeln. Die Dichte jener NS-Organisationen verdeutlicht nicht zuletzt, dass Medizin- und Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus eine entscheidende Rolle zugesprochen wurde.

Zu den Akteur:innen und Institutionen, die das sogenannte Thüringer Ärztehaus nutzten, gehörten konkret die folgenden:

- der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB), Gau Thüringen und der Kreisobmann des NSDÄB von Weimar-Stadt
- der Beauftragte des Reichsärztesführers für Thüringen
- die Ärztekammer Thüringen als Teil der Reichsärztekammer und die Ärztliche Bezirksvereinigung Weimar der Ärztekammer Thüringen
- die Gauamtsleitung Thüringen des Amtes für Volksgesundheit und dessen Verwaltungsstelle in Weimar
- das Amt für Volksgesundheit mit der Fachgruppe Gesundheit der Deutschen Arbeitsfront (DAF)
- das Amt für Volksgesundheit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)
- der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen (DRL) für den Gau VI Mitte
- die Gaugeschäftsstelle der Deutschen Sporthilfe
- der Beauftragte des Reichssportführers für den Gau Mitte
- der Landesverband Thüringen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Thüringer Landes-Männerverband des DRK
- ab 1939/40: das Ärztliche Bezirksgericht Thüringen der Reichsärztekammer
- ab 1939/40: das Tierärztliche Bezirksgericht Thüringen

Es war Teil des zweijährigen Forschungsprojektes zur Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11, die Aufgabenfelder dieser Institutionen zu ermitteln. Zwar ist es in den meisten

Fällen ein Leichtes, die Funktion der NS-Massenorganisationen auf Ebene des damaligen sogenannten Deutschen Reiches wiederzugeben, doch gestaltet es sich aufgrund der dünnen Aktenlage schwierig bis unmöglich, spezifische Aussagen über die jeweiligen *Regionalstellen* (Land oder NS-Gau Thüringen) zu treffen. Insofern sind auch die sich an dieser Stelle deutlich zeigenden Leerstellen als Teil des Erinnerungsprozesses zu verstehen.

Der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB), Gau Thüringen und der Kreisobmann des NSDÄB von Weimar-Stadt

Der NSDÄB gründete sich 1929 auf einem Parteitag der NSDAP in Nürnberg. Schon früh kommunizierte die Leitung offenkundig die antisemitische Grundeinstellung des Bundes. Der NSDÄB avancierte zur Massenorganisation der NS-Ärzt:innen, also all jenen, die ihren Beruf nach den Prinzipien des NS-Gesundheitswesens auszurichten bereit waren und über eine NSDAP-Mitgliedschaft verfügten. Um die Mitgliederzahl und damit auch den Einfluss auf die Gesundheitspolitik zu erhöhen, wurden bald auch Zahnärzt:innen, Apotheker:innen und Tierärzt:innen als Mitglieder zugelassen. Die Akteur:innen beteiligten sich an der Durchsetzung rassistischer und antisemitischer Ideologien im gesamten Gesundheitswesen. Auf Landes- und Provinzialebene wurden die bisherigen ärztlichen Landesverbände und Bezirksvereine zerschlagen. Aufgrund der dezimierten Aktenlage – beispielweise fehlen mitunter die ›Tätigkeitsberichte‹ – lassen sich nur schwer Aussagen über konkrete Handlungen des NSDÄB im Gau Thüringen tätigen. Überliefert sind dagegen Verzeichnisse der (Neu-)Mitglieder sowie der sogenannten Anwärter. Diese Archivalien machen deutlich, dass zahlreiche Ärzt:innen und Apotheker:innen freiwillig um eine Aufnahme als Mitglied baten. Nur für diejenigen Ärzt:innen, die bereits vor dem 1. Mai 1933 – dem Tag vor der Zerschlagung der freien Gewerkschaften – eine NSDAP-Mitgliedschaft besaßen, bestand eine Pflicht zur Mitgliedschaft im NSDÄB. Auch weitere Unterlagen stützen die Annahme einer aktiven, überzeugten NSDÄB-Mitgliedschaft seitens vieler der im thüringischen Gesundheitswesen Beschäftigten: Neben hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitarbeiter:innen des NSDÄB Gau Thüringen, die speziell für das Gesundheitswesen der HJ zuständig waren, wie beispielsweise Gebiets- und Bannfeldschern, sogenannten Gesundheitsdienst-Mädeln, Fahrer:innen oder Obergauärzt:innen, gab es Personen, die *ehrenamtlich* für den NSDÄB, Gau Thüringen arbeiteten.

Der Beauftragte des Reichsärztesführers für Thüringen

In den meisten Fällen machte der ›Reichsärztesführer‹ Gerhard Wagner (1888–1939) die jeweiligen NSDÄB-Führer der Reichsgaue zu seinen Beauftragten. Im Falle des Gau Thüringen war es in dieser Phase der gewaltvollen Umstrukturierung des Gesundheitswesens mit Carl Oskar Klipp der Gauobmann, dem diese Position zugesprochen wurde. Damit verbunden war auch die selbstständige Verfügung über das Vermögen der Thüringischen Ärztekammer. Durch seine zusätzliche Funktion als Staatskommissar für das Gesundheitswesen im Lande Thüringen besaß Klipp ohnehin die Aufsicht über die Thüringische Ärztekammer und die angegliederten

⁸ Die Dienststellen der Institutionen, die in der Kurthstraße zusammengeführt wurden, hatten sich bis 1936 in »zum Teil [...] von einander räumlich getrennten Mietshäusern« befunden, vgl. K. Dittmar: »Das Aerztehaus Thüringen in der Kurthstraße«, in: Allgemeine Thüringische Landeszeitung, Nr. 267 (1936), S. 10–11. Der Sitz der Bezirksstelle Weimar der KVD befand sich 1934 in der damaligen Lottenstraße 26 (heutige Hoffmann-von-Fallersleben-Straße). Ebenfalls an diesem Ort ansässig war der Ärzteverband Weimar, siehe Stadtarchiv Weimar, Einwohnerbuch der Stadt Weimar, 32 2/1, S. 11. Für 1935 kann keine Aussage über den Sitz der KVD-Bezirksstelle gemacht werden, da in diesem Jahr kein Einwohner:innenbuch gedruckt wurde. Eine ›Vorstufe‹ zum Ärztehaus in der heutigen Bauhausstraße 11 war das Gebäude in der damaligen Carl-Alexander-Allee (heutige Freiherr-vom-Stein-Allee), in dem mehrere der Institutionen, die ab 1936 und spätestens 1937 in die Kurthstraße zogen, ihren Sitz hatten. In der Kurthstraße 11 befand sich bis zur Indienstnahme des Gebäudes durch die KVD-Landesstelle Thüringen eine Bürgervereinsgesellschaft, siehe Stadtarchiv Weimar, Einwohnerbuch der Stadt Weimar für das Jahr 1933.

sogenannten Ehrengerichte. Im Prinzip wurde also die Leitung aller für die Gesundheitspolitik entscheidenden Ämter in (s)einer Person zusammengeführt.

Die Ärztekammer Thüringen als Teil der Reichsärztekammer und die Ärztliche Bezirksvereinigung Weimar der Ärztekammer Thüringen

Die Reichsärztekammer gründete sich 1935 im Zuge der ›Reichsärzteordnung‹. Die Leitung hatte auch hier Gerhard Wagner inne. Gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen übernahmen die Ärztekammern die Kontrolle über die ärztliche Berufspolitik. Beide Akteure sind für Ausschaltung, Enteignung, Vertreibung jüdischer und politisch oppositioneller Ärzt:innen verantwortlich. Auf der Grundlage des sogenannten Gesetzes über Ordnungsstrafen im Arzt- und Apothekenwesen konnten Ärzt:innen und Apotheker:innen bestraft werden, sobald ihnen der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten nicht »im Geiste der Volksgemeinschaft« agiert. Zwar sind nur wenige Dokumente archiviert, die die Diskriminierungs- und Verfolgungspraktiken der Ärztekammer Thüringen im Detail wiedergeben würden, jedoch legen die wenigen vorhandenen Akten nahe, dass seitens der Thüringer Ärztekammer sowie des Thüringischen Ministeriums des Innern ein großes Interesse daran bestand, das Thüringische Ärztekammergesetz zugunsten nationalsozialistischer Prinzipien zu ändern. Protokolliert sind zudem weitere bürokratische und juristische Bestrebungen, die rassistisch motivierte Gesundheitspolitik auf allen Ebenen des thüringischen Gesundheitswesens durchzusetzen. So wurde bereits Anfang der 1930er-Jahre auf einer Vorstandssitzung der Thüringer Ärztekammer die Absicht geäußert, dass keine Person mehr zu einer medizinischen Prüfung zugelassen werden dürfe, bei der eine (vermeintliche) »Geisteskrankheit oder Sucht« vorläge. Derartige Aussagen können als vorbereitende Schritte gelesen werden, die letztlich zu Verbrechen wie der Ausschaltung verfolgter Ärzt:innen sowie zur NS-›Euthanasie‹ führten.

Die Gauamtsleitung Thüringen des Amtes für Volksgesundheit und dessen Verwaltungsstelle in Weimar

Im Mai 1934 wurde – auch hier unter der Leitung von Gerhard Wagner – auf Reichsebene das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP eingerichtet. Das sogenannte Amt für Volksgesundheit der NSDAP gehörte neben dem Amt für Gesundheitsführung der Hitler-Jugend zu den parteiamtlichen Gesundheitsdiensten. Die hier mitwirkenden Ärzt:innen verfügten folglich über eine NSDAP-Mitgliedschaft. Innerhalb der parteinahen gesundheitspolitischen Institutionen sollte vor allem das forciert werden, was im NS unter ›Gesundheitsführung‹ verhandelt wurde: Im Sinne der rassistischen und anderweitig menschenverachtenden NS-Erbgesundheitspolitik sollte jede:r Einzelne nicht nur ›gesund‹ sein, sondern diesen Zustand durch gezielte Maßnahmen auch steigern. Nicht zuletzt war in diesen Ämtern eine große Anzahl ehrenamtlich arbeitender (junger) Mediziner:innen vertreten.⁹ Hauptaufgabe und Ziel der für das sogenannte Amt für Volksgesundheit arbeitenden Ärzt:innen war es, insbesondere Jugendliche und Frauen mit Kindern im Sinne des beabsichtigten ›Volkskörpers‹ zu behandeln, was unter anderem bedeutete, diese Bevölkerungsgruppe auf die autoritäre Kontrolle des eigenen Körpers einzuschwören. Im Rahmen der NS-ideologischen Reden, die zur Eröffnung des ›Thüringer Ärztehauses‹ gehalten wurden, wurde darüber hinaus betont, das Amt für Volksgesundheit der NSDAP

sei »in ganz besonderem Maße« für die »Gesundheitsführung an Werktätigen« zuständig.¹⁰ Die dahinterstehende Absicht, die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu sichern und zu steigern sowie ihren ›Gesundheitszustand‹ zu überwachen, wurde euphemistisch mit den Worten umschrieben, dem Arbeiter würde ein Berater zur Seite gestellt, der ihm »in Fragen seiner Familie, der Ernährung, der sportlichen Ertüchtigung [...]«¹¹ zur Seite stehe. Eine besondere Rolle bei der Überwachung der in den Betrieben arbeitenden Menschen wurde dem Betriebsarzt zugeschrieben: Gewissermaßen als Mittlerfigur sollte und konnte er möglichst alltagsnah und niedrigschwellig Einfluss auf die Situation der Werktätigen nehmen. In der Rede des Gauamtsleiters Richard Rohde, die in Auszügen mittels archivierter Presseartikel nachvollzogen werden kann, wird zudem unmissverständlich deutlich, dass auch die sich an die Arbeiter:innen richtende Leistungssteigerungspolitik an das NS-eugenische Programm gekoppelt wurde. So propagierte Rohde, dass Leistungsfähigkeit vor allem auch dann erzielt werden könne, wenn der Arbeitsplatz nach der jeweiligen »erbbiologischen Veranlagung« gewählt würde.¹²

Das Amt für Volksgesundheit mit der Fachgruppe Gesundheit der Deutschen Arbeitsfront (DAF)

Nachdem Anfang Mai 1933 die bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter:innen gewaltsam zerstört wurden, gründete man die sogenannte Deutsche Arbeitsfront, die auf Reichsebene von Robert Ley geführt wurde. Mithilfe dieser Institution, die von Beginn an als NS-Massenorganisation geplant war, sollte die Arbeiter:innen- und Angestellten-schaft unter NS-ideologischen Paradigmen organisiert und kontrolliert werden. Im Zuge der Zerschlagung gewerkschaftlicher Organisationen machte sich die DAF – und auch hier ergibt sich ein Zusammenhang zu gesundheitspolitischen Belangen – der Beendigung der selbstverwalteten Krankenkassen schuldig. Sie drängte unter anderem Juden:Jüdinnen und andere Personen, die aus Sicht der Nazis als jüdisch galten, sowie politisch Oppositionelle aus den Ausschüssen der Ortskrankenkassen und besetzte diese Positionen durch nationalsozialistisch gesinnte Vertreter. Einem sozialdemokratischen thüringischen Landtagsabgeordneten wurden »Unregelmäßigkeiten an der Krankenkasse« vorgeworfen – er wurde Mitte April 1933 verhaftet.¹³ Auch der in Weimar ansässige Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Thüringen im Hauptverband deutscher Krankenkassen, Arno Reese, wurde in Haft genommen – nicht einmal eine kolportierte Begründung wird in der sich auf diesen Fall beziehenden Pressemitteilung genannt.¹⁴ Im Sinne der NS-Maxime der sogenannten Gesundheitsführung ergriffen die DAF und ihre Unterorganisationen – ähnlich wie das Amt für Volksgesundheit der NSDAP – weitreichende Maßnahmen zur Leistungsoptimierung der Bevölkerung mit dem Fokus auf die Leistungssteigerung von Arbeiter:innen und Angestellten. In diesem Kontext führte die DAF beispielsweise sogenannte Gesundheitsuntersuchungen von Werktätigen durch, hinter denen die Absicht stand, die militärische Eignung der Arbeiter:innen zu ermitteln. Ärzt:innen waren in derartige systematische Untersuchungen insofern eingebunden, als sie beispielsweise die Gesundheit betreffende Daten ermittelten und weitergaben oder kranke Arbeiter:innen gegen deren Willen und entgegen medizinischer Befunde für gesund und damit arbeitsfähig erklärten. Zur im

¹⁰ Vgl. Schmitt-Grandhomme: »Der Arzt im Dienst der Gesundheit«, in: Thüringer Gauzeitung, Nr. 7 (1937), o. S.

¹¹ »Thüringer Heimat«, in: Thüringer Gauzeitung, Nr. 9 (1937), o. S.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. »Verhaftungen«, in: Vossische Zeitung Nr. 185 (1933), o. S.

¹⁴ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. hierzu Thomas Beddies: »Du hast die Pflicht, gesund zu sein«. Der Gesundheitsdienst der Hitler-Jugend 1933–1945, Berlin 2009, S. 56.

ehemaligen Thüringer Ärztehaus ansässigen Dienststelle der sogenannten Fachgruppe Gesundheit konnten bisher keine Unterlagen auffindig gemacht werden. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Rahmen unter anderem Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Arbeiter:innen und Angestellten der thüringischen Betriebe eruiert und organisiert wurden.

Das Amt für Volksgesundheit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)

Die NSV versuchte, Einfluss auf die praktische ›Gesundheitsfürsorge‹ zu nehmen und konzentrierte sich hierbei auf die Versorgung sogenannter erbgesunder Mütter und deren Kinder nach NS-ideologischen Gesichtspunkten. Die vermeintliche Fürsorge war neben der sogenannten Gesundheitsführung die zweite entscheidende Säule nationalsozialistischer Auffassung von Gesundheit und ihrer Steuerung. ›Fürsorge‹ im Sinne der NS-Erbgesundheitspolitik konnte unter anderem bedeuten, dass das NS-Volkswohlfahrtsamt Daten an Ärzt:innen weitergab, auf deren Basis wiederum über eine Zwangssterilisierung entschieden wurde. Im Zuge der angeblichen Fürsorge um Kinder und Jugendliche beteiligte sich die NS-Volkswohlfahrt und deren Unterabteilung ›NSV-Jugendhilfe‹ an Praktiken der Kontrolle des Gesundheitszustandes junger Menschen. Hierbei machte sie sich der Aussonderung von Jugendlichen schuldig, die im Sinne der NS-Maxime als nicht gesund oder leistungsstark genug galten. Dabei arbeitete die NSV eng mit Einrichtungen der HJ zusammen, indem sie beispielsweise Meldung über angeblich ›auffällige‹ Jugendliche an die Sozialstelle des zuständigen HJ-Bannes weitergab.¹⁵ Kinder und Jugendliche bildeten somit eine Bevölkerungsgruppe, die in großem Ausmaß in das Netz des NS-Gesundheitswesens eingebunden war. Vermutlich befand sich im ›Thüringer Ärztehaus‹ auch die Dienststelle des Gebietsarztes der HJ, zumindest ist diese Position für den Vorgängerstandort in der damaligen Carl-Alexander-Allee in Weimar dokumentiert.¹⁶ Auch die Ärzt:innen der HJ spielten innerhalb der Strukturen zur Überwachung jugendlicher Körper und deren Selektion bei angeblichen gesundheitlichen Störungen sowie hinsichtlich militärischer Kriterien eine enorme Rolle.¹⁷

Der Deutsche Reichsbund für Leibesübungen (DRL) für den Gau VI Mitte

Die im Januar 1934 ausgerufene Gründung des sogenannten Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen ließ bereits erkennen, welche bedeutende Rolle dem Sport für die Körper- und Gesundheitspolitiken des NS zukam. Vor diesem Hintergrund ist der Zeitpunkt der Einrichtung der ersten Dienststellen im ›Thüringer Ärztehaus‹ – im Sommer 1936 – nicht uninteressant: Etwa zeitgleich fanden in Berlin die Olympischen Sommerspiele und damit *das* nationalsozialistisch inszenierte Sportereignis statt. Der Arzt Wilhelm Möller, der zum Zeitpunkt der ein halbes Jahr später stattfindenden offiziellen Einweihung des ›Thüringer Ärztehauses‹ die Funktion des ›Gauführers‹ des DRL innehatte, glorifizierte den verordneten Zwang zur Disziplinierung des Körpers als »Allheilmittel der Gesunden«. ¹⁸ Unmissverständlich gab Möller zu erkennen, dass er die damalige Kurthstraße 11 als »Ausgangspunkt und Zentrale der Ueberwachung des

Gesundheitszustandes im thüringischen Lande«¹⁹ ansah und das Gauamt des DRL dabei als federführende Instanz verstand. Doch genauso, wie der DRL die sogenannte Leibesübung zur Alltagspraxis der nicht-verfolgten Bevölkerung erklärte, schränkte er auf der anderen Seite das Handlungsfeld derjenigen Sportler:innen, Vereine und sportlich Interessierten massiv ein, die im NS rassistisch, politisch oder anderweitig verfolgt wurden. Prinzipiell war es Vereinen möglich, einen Beitrittsantrag zu stellen. Da jedoch die Satzung auf NS-Prinzipien beruhte und sowohl über die Aufnahme als auch über den Ausschluss der Führer des DRL entschied, wurden jüdische, sozialdemokratische, marxistische und kirchliche Sportvereine ausgeschlossen. Die betroffenen Vereine hatten keinerlei Möglichkeiten, materielle oder finanzielle Unterstützung in Anspruch zu nehmen und wurden zusätzlich von den NS-Massenorganisationen, wie zum Beispiel der oben erwähnten DAF und der ihr angegliederten sogenannten Kraft-durch-Freude-Organisation, buchstäblich vom Platz vertrieben.

Die Gaugeschäftsstelle der Deutschen Sporthilfe

Zu dieser Institution und ihrem Handeln im Nationalsozialismus konnten bisher keine aussagekräftigen Ergebnisse herausgearbeitet werden.

Der Beauftragte des Reichssportführers für den Gau Mitte

Die Position des Beauftragten des Reichssportführers war eng verknüpft mit dem oben erwähnten Reichsbund für Leibesübungen. Zum Zeitpunkt der Einweihung des sogenannten Thüringer Ärztehauses war Dr. med. Wilhelm Möller der Gaubeauftragte des Reichssportführers, Hans von Tschammer und Osten. In dieser Position war er befähigt, sogenannte blaue Anerkennungsscheine auszustellen – und zu verweigern –, die festlegen sollten, welche Akteur:innen des Sports als Sportverein anerkannt wurden.²⁰ Wie bereits aufgezeigt, wurden in diesem Zusammenhang insbesondere jüdische, konfessionelle und marxistische Sportvereine entrechtet.

Der Landesverband Thüringen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und der Thüringer Landes-Männerverband des DRK

Im NS entwickelte sich das DRK, ehemals als Wohlfahrtsverband konzipiert, zur Sanitätshilfstruppe der Wehrmacht. In der massenhaften Ausbildung von Laienkräften für Aufgaben im Kontext des Krieges richtete sich das DRK in besonderem Maße an junge Menschen – und stand aus diesem Grund in Konkurrenz mit NS-Jugendorganisationen wie der HJ und dem BDM. Frauen waren als sogenannte Schwesterhelferinnen im Netz des Heeresanitätsdienstes tätig, männliche DRK-Mitglieder waren mit vielfältigen Aufgabenfeldern in die Sanitätskolonnen eingebunden. Die Beteiligung des DRK an den Verbrechen des Nationalsozialismus – insbesondere im Kontext des Krieges, der Zwangsarbeit und der ›Euthanasie‹-Morde – wurde nach eigenen Aussagen des DRK »in der Forschung lange vernachlässigt und vom DRK verdrängt [...]«. ²¹ Eine

¹⁵ Vgl. Beddies, Du hast die Pflicht, gesund zu sein, wie Anm. 8, hier: S. 63.

¹⁶ Dittmar, Ärztehaus Thüringen, wie Anm. 7, hier: S. 10.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 62.

¹⁸ »Landeshauptstadt Weimar«, in: Thüringer Gauzeitung, Nr. 7 (1937), o. S.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Dieses bürokratische Medium wird erwähnt in: Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (i. F. zit. als: LATH – HStA Weimar), Thüringisches Ministerium des Innern, E 226, Schreiben des Beauftragten des Reichssportführers für den Bezirk 1 des Gau VI (Mitte) an Herrn Ministerialrat Klipp, 19. Dezember 1935, Bl. 37.

²¹ »Literatur zur Geschichte des DRK. DRK im Nationalsozialismus (1933–1945)«, <https://www.drk.de/presse/mediathek/publikationen-und-literatur/literatur-zur-geschichte-des-drk/#c59336/> [Stand: 23.08.2023].

vom DRK-Präsidium finanzierte Studie zur Rolle des DRK im NS, die 2008 veröffentlicht wurde, kann als erster öffentlichkeitswirksamer Schritt in Richtung einer kritischen Reflexion angesehen werden.²²

Ab 1939/40: das Ärztliche Bezirksgericht Thüringen der Reichsärztekammer²³

Auf Basis der Verordnung über »Ordnungsstrafen im Ärzteswesen« wurde es der thüringischen Ärztekammer möglich, Ärzt:innen und Apotheker:innen, von denen die Nationalsozialist:innen behaupteten, sie hätten »Verstöße gegen den Geist der Volksgemeinschaft« begangen und »unsoziales Verhalten« gezeigt, Ordnungsstrafen bis zu einer Höhe von 1.000 Reichsmark aufzuerlegen. Infolge der Gesetzesverschärfung liefen beispielsweise Ärzt:innen, die einen Schwangerschaftsabbruch bei nicht-verfolgten Schwangeren vornahmen, nicht nur Gefahr, eine Geldstrafe zahlen zu müssen, sondern darüber hinaus das Berufsverbot ausgesprochen zu bekommen. Auch bei vielen der vor dem Ärztlichen Bezirksgericht Thüringen abgewickelten Fälle dürfte es sich darum gehandelt haben, dass ein Arzt oder eine Ärztin einen Schwangerschaftsabbruch bei einer Person durchgeführt hatte, die von den Nationalsozialisten als »erbgesund« gelesen wurde und damit in ihren Augen als Gebärmittel zur Verfügung zu stehen hatte. Diese Annahme stützt unter anderem ein Schreiben, in dem eindringlich darauf hingewiesen wird, dass dem Ärztlichen Bezirksgericht Thüringen 100 bisher unbearbeitete Anträge auf Durchführung eines berufsgerichtlichen Verfahrens vorlägen, die beschleunigter Behandlung bedürfen, weil »es sich bei einer Anzahl von ihnen um besonders schwere Verfehlungen bzgl. – Abtreibungen – handelt, die voraussichtlich dem ärztlichen Bezirksgericht Veranlassung geben werden, die Unwürdigkeit der Beschuldigten zur Ausübung des ärztlichen Berufes festzustellen.«²⁴ Die genaueren Umstände, wer sich dieser Anschuldigung aussetzen musste und wer den Vorwurf eingereicht hatte, konnten bisher nicht rekonstruiert werden. Dokumentiert sind immerhin einige Namen derjenigen, die als Mitglied des Ärztlichen Bezirksgerichts vorgeschlagen oder gewählt wurden.²⁵

²² Birgitt Morgenbrod, Stephanie Merkenich: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933–1945, Paderborn 2008.

²³ Dieser Abschnitt ist in gekürzter und leicht geänderter Form einer Informationsbroschüre der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen entnommen. Vgl. Lilli Hallmann, Thomas Schröter: Das ehemalige Ärztehaus Thüringen als Zeugnis nationalsozialistischer Indoktrination und Schuldverstrickung der Thüringer Ärzteschaft in den 1930er Jahren, Informationsbroschüre der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen [im Druck], S. 25–26. Der Beitrag entstand im Rahmen der neunten Ausschreibung des Herbert-Lewin-Preises, einem u. a. von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung ausgeschriebenen Forschungspreis zur Rolle der Ärzteschaft in der NS-Zeit.

²⁴ LATH – HStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Innern, E 801, Schreiben an den Herrn Staatssekretär, 23. Oktober 1937, Bl. 231 recto und verso. Das Schreiben ist – mit Ausnahme des Wortes »Abtreibungen« – maschinell erstellt. Das Wort »Abtreibung« wurde von Hand mit Tinte ergänzt.

²⁵ Siehe z. B. LATH – HStA Weimar, Thüringisches Ministerium des Innern, E 801, Bl. 167. Zudem existieren einige Tätigkeitsberichte, siehe ebd., Geschäftsbericht des Ärztlichen Bezirksgerichts Thüringen für das Geschäftsjahr 1940, 18. Januar 1941, Bl. 276, sowie ebd., Geschäftsbericht des Ärztlichen Bezirksgerichts Thüringen für das Geschäftsjahr 1941, 10. Januar 1942, Bl. 281.

Ab 1939/40: das Tierärztliche Bezirksgericht Thüringen²⁶

Nationalsozialistisches Täterhandeln ereignete sich auch im Umfeld der Tierärztlichen Bezirksgerichte. Das »Thüringer Ärztehaus« beherbergte ab 1939 das Tierärztliche Bezirksgericht Thüringen. Die geführten Verfahren richteten sich vermutlich insbesondere gegen jüdische Tierärzt:innen, da das am 1. Februar 1934 eingeführte sogenannte Reichstierschutzgesetz nicht nur völkisch-nationalistisch, sondern insbesondere antisemitisch konnotiert war.

Politische Relevanz des »Thüringer Ärztehauses« im NS-Gau Thüringen

Wie lassen sich diese Institutionen und ihr Sitz im sogenannten Ärztehaus in Weimar politisch in einem größeren Rahmen verstehen? Das Gebäude zentralisierte unter dem NS-ideologischen Gesundheitsbegriff Institutionen, die die Bevölkerung kontrollierten, disziplinierten und an Entrechtung, »Euthanasie« und Mord beteiligt waren. Als Standort bürokratischer Institutionen war es lange Zeit nicht im Fokus der fachlichen wie der allgemeinen Öffentlichkeit. Und das, obwohl dem Gebäude während des NS große Bedeutung zugeschrieben wurde und die Institutionen mittels bürokratischer Praktiken in starker Ausprägung zu Ausgrenzung und Verfolgung beitrugen und ein Netz ausbildeten, das andere logistische Operationen ermöglichte.

Bereits im Sommer 1936 wurden die ersten Dienststellen eingerichtet, bevor am 9. Januar 1937 durch Richard Rohde, den Amtsleiter der Kassenärztlichen Vereinigung, Landesstelle Thüringen, die offizielle Einweihung des Gebäudes erfolgte. Dass diesem Ereignis große Bedeutung beigemessen wurde, zeigt sich allein daran, dass der »Reichsärzteführer« Gerhard Wagner die Eröffnungsrede hielt. An der Realisierung der Einweihung waren darüber hinaus mehrere bekannte lokale Akteure beteiligt. So stellte das Nationaltheater ein Musikpodium zur Verfügung, das Reitz-Quartett sorgte für musikalische Unterhaltung. Die Fotos für die Einladungskarten fertigte das namhafte und heute noch bestehende *Fotoatelier Louis Held* an.²⁷

Sowohl in Wagners Rede als auch in der mit der Einweihung verbundenen »Arbeits-tagung der thüringischen Ärzteschaft« wurde deutlich kommuniziert, auf welcher Basis die Umstrukturierung des Gesundheitswesens im NS-Gau Thüringen weiter vorangetrieben werden sollte. Für die Bevölkerung bedeutete die nationalsozialistische Durchdringung des Gesundheitswesens und die Durchdringung der Gesellschaft *durch* die Organisationen dieses »Gesundheitswesens« – was dezidiert auch die nicht-verfolgten Personen und Personengruppen betraf –, fortwährend in Praktiken der Gesundheitsüberwachung und des Appells zur Optimierung der eigenen, auf Reproduktion, Arbeitskraft und militärischen Einsatz zielenden körperlichen Verfasstheit eingebunden zu sein.

Die NS-Institutionen des »Thüringer Ärztehauses«, die an der Manifestation einer derartigen Gesundheitspolitik mitwirkten, behielten bis 1945 ihre Dienststelle in der damaligen Kurthstraße 11. Folglich hielten sie ihr Handeln sogar – oder gerade – während des Krieges

²⁶ Der Abschnitt zum Tierärztlichen Bezirksgericht Thüringen entstammt folgendem Beitrag: Hallmann, Schröter, Das ehemalige Ärztehaus Thüringen, wie Anm. 22, hier: S. 26.

²⁷ Auf Nachfrage gab der heutige Inhaber des Fotoateliers an, dass diesbezüglich keine Fotografien archiviert seien.

aufrecht, lediglich die Öffnungszeiten wurden verkürzt und die Ärzte-Bürokraten und Angestellten wurden zu materieller Sparsamkeit aufgerufen.²⁸

Noch Ende März 1945 gewann das ›Ärztelhaus Thüringen‹ innerhalb des nationalsozialistischen Täternetzwerkes nochmals an Bedeutung. So sollten zunächst zehn »Gefolgschaftsmitglieder der Reichsführung« – Berlin erschien den Tätern aufgrund »ständiger Luftangriffe«²⁹ nicht mehr sicher genug – im Weimarer ›Ärztelhaus‹ sowohl dienstlich als auch privat untergebracht werden. Mit diesem Schritt beabsichtigte die NS-Politik, die Tätigkeit von »Dienstabteilungen, die besondere kriegswichtige Aufgaben zu erledigen haben«,³⁰ zu gewährleisten. Die wenigen Dokumente, die zu diesem Vorgang überliefert sind, führen vor Augen, dass die Akteure des ›Thüringer Ärztelhauses‹ bis zuletzt an ihrer eigenen Überhöhung im Sinne des NS-Gesundheitswesens mitwirkten, indem sie einer Bagatelle äußerste Priorität einräumten.³¹

Nutzungsverhältnisse nach 1945

Nach der Befreiung Thüringens vom Nationalsozialismus durch das US-amerikanische Militär im April 1945 wurde das Gebäude im Zuge der Besetzung Weimars durch die sowjetische 8. Gardearmee von der Sowjetischen Militäradministration beschlagnahmt. Es folgte eine Zeit des Disputs um Besitzverhältnisse und Nutzungsansprüche. Der Enteignungsprozess der KVD und Ärztekammer als ehemalige nazistische Organisationen ist unzureichend dokumentiert. Die Aktenlage ist lückenhaft, weshalb eine vollständige Rekonstruktion dieser Vorgänge nicht möglich ist. Bekannt ist, dass die thüringische Ärzteschaft darum bemüht war, das Gebäude als »Kulturhaus, Ärzteschule und Internat«³² zu nutzen. Vorbehalte gegenüber dem Standort – der soeben noch als bürokratischer Täterort fungiert hatte – schien es dabei nicht gegeben zu haben. Mit Fritz Daumann und Karl Möschler beeinflussten sogar zwei Ärzte maßgeblich die Neustrukturierung der thüringischen Ärzteschaft, die im NS offenkundig in nationalsozialistischen Organisationen aktiv gewesen waren.³³ Ab 1949 bespielten verschiedene Akteur:innen der Deutschen Demokratischen Republik das ehemalige sogenannte Thüringer Ärztelhaus. So wurde es vorübergehend durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) genutzt, bevor es ab 1953 als *Bezirksparteischule Otto Grotewohl* der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) fungierte. In diesem Zuge wurden Umbaumaßnahmen innerhalb des Gebäudes vorgenommen, um Übernachtungsmöglichkeiten für die Schulungsteilnehmenden zu schaffen.

28 So veranlasste Richard Rohde im Frühjahr 1940 in Bezug auf das Durchschreibeverfahren bei Krankenscheinen, dass »wegen des zur Zeit bestehenden Mangels an Kohlepapier den Krankenscheinen kein Kohlepapier mehr beigefügt wird.« Stattdessen sollten die Ärzt:innen das Kohlepapier aus den Krankenscheinen des abgelaufenen Vierteljahres herausnehmen und verwenden, siehe »Bekanntmachungen der KVD, Landesstelle Thüringen«, in: *Ärztelblatt für Mitteldeutschland. Nachrichten der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und der Ärztekammern in diesen Bezirken*, Nr. 7 (1940), S. 73.

29 Archivbestand KV Thüringen, Schreiben der Reichsärztekammer Ärztekammer Thüringen an den Bürgermeister von Bad Berka, 26. März 1945, o. S.

30 Ebd. Ob die angekündigte Unterbringung der Reichsregierungsmitglieder umgesetzt wurde, konnte bisher nicht abschließend geklärt werden.

31 Dieser letzte Absatz des Unterkapitels *Politische Relevanz des ›Thüringer Ärztelhauses‹ im NS-Gau Thüringen* ist in leicht gekürzter Form folgendem Text entnommen: Hallmann, Schröter, *Das ehemalige Ärztelhaus Thüringen*, wie Anm. 22, hier: S. 27.

32 Archivbestand der KV Thüringen.

33 Vgl. hierzu Reyk Seela: *Die Ärzteschaft in Thüringen. Eine Vereins- und Landesgeschichte*, Jena 2000, S. 221.

Ab 1972 nutzte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) die Räumlichkeiten als Schulungsstätte. Fast zwanzig Jahre später, im Oktober 1990, mietete die neu gegründete Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT) Räume in der damaligen Erich-Weinert-Straße an. Kurz darauf stellte der KVT e.V. einen Antrag auf Rückübertragung. Nur wenige Jahre später erfolgte dann die offizielle Rückübertragung an die nach bundesdeutschem Vorbild neu gegründete Thüringer KV. In den 1990er-Jahren begann auch die die architekturhistorische Auseinandersetzung mit dem Gebäude.³⁴ Seit 1997 ist die Bauhaus-Universität Weimar Mieterin des Gebäudes, die Räumlichkeiten werden seitdem von der Fakultät Medien genutzt.

Das Projekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11*

Bleiglasfenster- und Deckengestaltung als Zeugnisse nationalsozialistischer Vergangenheit

Letztlich waren es die irritierende Ästhetik und die omnipräsente Atmosphäre der Fenster im Treppenhaus, die den Anstoß zur intensiven Auseinandersetzung mit der Gebäudegeschichte gaben. Ein zentraler Ansatzpunkt des Projektes ist es daher, die ästhetischen und architektonischen Elemente des NS einer kritischen Rahmung zuzuführen. Neben baulichen Auffälligkeiten wie dem angespannten ›Führerbalkon‹ → **Klemstein: unbequemes Denkmal?** ist die Gestaltung der Fenster ein deutliches Zeugnis der Nutzungsgeschichte. Augenfällig äußert sich in den Fensterelementen die Idealisierung eines imaginierten ›erbgesunden‹ Körpers sowie die NS-Geschlechterpolitik. Sie zeigen, dass Medizin im NS nicht Heilung, sondern Ideologie war – und dass Medizin nicht losgelöst von anderen Herrschaftsbereichen des Nationalsozialismus gesehen werden kann.

Über zwei Etagen verteilen sich hier insgesamt acht große Fenster, die sich jeweils aus durchschnittlich 48 kleinen Glasscheiben zusammensetzen. In insgesamt 26 der durch die Holzrahmung geschaffenen Felder befinden sich figurative, zum Teil symbolhafte Darstellungen → **Hallmann, Noeske: Bleiglasfenster**. Das Glas fungiert dabei als Trägermedium, um eine scheinbar schlüssige Geschichte zu erzählen und den Nationalsozialismus als Folge historischer Ereignisse zu verewigen. Teil dieser Erzählung sind auch Figuren, die hier im Sinne der NS-Programmatik interpretiert werden, etwa Paracelsus. Doch handelt es sich eben nicht um eine Geschichte im klassischen Sinne, mit einem klar erkennbaren Anfang und einen ebenso deutlichen Schluss. Vielmehr werden in ungefähr der Hälfte der Darstellungen, die sich vom Unter- bis zum Obergeschoss verteilen, historische Bezüge auf zum Teil eklektische Weise angedeutet.³⁵ Die nationalsozialistische Perspektive auf nordische Mythologie, das Mittelalter oder bäuerliche Traditionen stehen neben visuellen Anspielungen auf die Antike oder die wissenschaftlich-medizinische Moderne. Es handelt sich folglich weniger um eine Geschichte der Medizin, als um eine Nähe von Geschichte und anderen kulturellen und sozialen Institutionen, die auch verdeutlicht, wie stark in der Gestaltung der ursprüngliche Ort Medizin als alle gesellschaftlichen

34 Am umfangreichsten nach wie vor bei Karina Loos: »Die Inszenierung der Stadt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus in Weimar«, Dissertationsschrift (Bauhaus-Universität Weimar 2000), <https://doi.org/10.25643/bauhaus-universitaet.48> [Stand: 01.09.2023].

35 Vgl. Lilli Hallmann: »Die Treppe ins Archiv? Zum Umgang mit NS-Kunst in öffentlichen Gebäuden am Beispiel des Treppenhauses der Bauhausstraße 11 in Weimar«, in: Maja Brodrecht, Simona Noreik, Jörg Paulus (Hrsg.): *Ästhetiken und Materialitäten des Übergangs und des Übertragens*, Basel/Berlin 2023, S. 129–148.

Bereiche durchdringend verstanden wurde. Der ideologische Komplex Gesundheit artikuliert hier seinen Herrschaftsanspruch. Neben legitimierenden und sinnbildenden Elementen in der überwiegend in hellen und kühlen Farben gestalteten Fensterfront findet sich auch der Versuch, Widersprüchliches und Heterogenes – von der Mythologisierung von Runen und Heilsteinen zur modernen Medizingeschichte – durch die episodenhafte Anordnung aufeinander zu beziehen und in Einklang zu bringen. Dieser Konzeption einer vermeintlichen Kontinuität von der nordischen Kultur bis hin zur nationalsozialistischen Gegenwart liegt das Motiv der Überzeitlichkeit zugrunde. Neben dem darin erkennbaren Germanenkult finden sich Bezüge zur nationalsozialistischen ›Blut-und-Boden‹-Ideologie, mit der die Konstrukte ›deutsche Siedlung‹ und ›deutsches Volk‹ begründet werden sollten, zum Beispiel sichtbar in Motiven von bäuerlichen Siedlungsarchitekturen. Letztlich waren auch diese Siedlungsstrukturen daran beteiligt, die Vernichtung Anderer zu legitimieren. Die Fensterfront verstehen wir als Medium, das Medizin als Masternarrativ von Geschichte, Bevölkerung und Siedlung etabliert und dabei auch in Spannung zueinander stehende Medizinverständnisse, die sich zum Zeitpunkt der Errichtung auch innerhalb der NS-Ideologie in Widerstreit befanden, verbinden will.

Zu den ebenfalls heute noch sichtbaren Spuren nationalsozialistischer Ästhetik zählen die aufwendig bemalten Holzbalkendecken eines Raumes im zweiten Obergeschoss. Wie aus den Plänen des Architekten Georg Schirrmeyer hervorgeht, befand sich an dieser Stelle die Kantine für die Mitarbeitenden des ›Thüringer Ärztehauses‹. Unter der heutigen Nutzerin des Gebäudes, der Bauhaus-Universität Weimar, wurden hier bis zu den Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2022 studentische Abschlussarbeiten archiviert. Bis dato gibt es in diesem Raum keinen kritischen, schriftlichen Kommentar – was jedoch nach Wiedereinzug der Fakultät Medien und der damit verbundenen Neubespielung der Räumlichkeiten nachgeholt werden soll.



Abb. 1: Deckengestaltung in der ehemaligen Kantine, Bilder: Ivana Buhl.

Jetzt schon mag das Holzgebälk heutige Gebäudenutzer:innen irritieren – ist dies doch der einzige geschlossene Raum im gesamten Gebäude, der eine Bemalung aufweist, die sich noch dazu auffällig über die gesamte Decke des Raumes erstreckt.³⁶ Vermeintlich harmlos erscheinen beispielsweise die Tierdarstellungen wie die eines Wildschweins, eines Pferdes oder eines Auerhahns. Außerdem werden scheinbar aussagelose Linien und Ornamente, wie etwa ring- oder wellenförmige Muster, aber auch kleine, ›verspielte‹ Elemente wie die in Grün gehaltenen Herzen verwendet. Auch wenn – oder gerade, weil – die Verzierungen auf den ersten Blick naiv und künstlerisch eher anspruchslos wirken, sollten sie hinsichtlich ihrer Bedeutung für das ›Thüringer Ärztehaus‹ genauer befragt werden.

Die nationalsozialistisch gesinnte Thüringer Presse beschrieb anlässlich der Fertigstellung des sogenannten Ärztehauses die Gestaltung der Kantindecke als »Motive derber alter deutscher Volkskunst in Ornament und Tierfiguren in lustigen bunten Farben [...]«. ³⁷ Derartige vermeintlich harmlose, zwischen Architektur und Kunst angesiedelte Gestaltungselemente sollten und konnten eine große Rolle innerhalb der völkisch-nationalsozialistischen Ideologie einnehmen → **Beck: Völkische Zeichen**. Demzufolge wurde die bäuerlich-volkstümliche Motivik der ›Ärztehaus‹-Kantine im Sinne der nationalsozialistischen ›Sinnbildforschung‹ genutzt, um »als Ausdruck vermeintlich uralter nordisch-germanischer Volksüberlieferung gedeutet [zu werden]« → **Beck: Völkische Zeichen** – womit eine deutliche Parallele zur Funktion der Treppenhause Fenster erkennbar wird. Vor diesem Hintergrund können dann auch die zunächst womöglich als kleine Äste gelesenen Darstellungen nicht mehr als bloße Dekoration angesehen werden. Vielmehr stellen sie eine NS-ideologisch motivierte Imitation und Umdeutung des germanischen Schriftzeichens Y (Elhaz-Rune) dar. Im Kontext der nationalsozialistischen Gesundheitsideologie wurde dieses von zahlreichen NS-Massenorganisationen als Emblem genutzt und sollte dabei als ›Lebensrune‹ verstanden und kommuniziert werden. Insofern müssen auch der ehemalige Kantinenraum und die Art und Weise, wie dieser ursprünglich konzipiert war, ³⁸ als mediales Gefüge in den Blick genommen werden, das an der ideologischen, menschenverachtenden Indienstnahme von Gesundheit mitwirkte.

An dieser Stelle werden lediglich zwei Gestaltungselemente des ehemaligen Thüringer Ärztehauses in den Blick genommen, um die ästhetische Funktion innerhalb der damaligen bürokratischen Schaltzentrale der thüringischen NS-Gesundheitspolitik zu exemplifizieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, weiteren Überlegungen zum Zusammenhang von

³⁶ Ursprünglich muss auch die Holzbalkendecke der sogenannten Wandelhalle – der von der Eingangshalle zum Versammlungsraum führende Flur – über eine von dem Künstler Jürgen Wegener vorgenommene Bemalung verfügt haben. Vermutlich wurden diese Gestaltungselemente jedoch zu DDR-Zeiten übermalt. Weshalb mit der Deckengestaltung der ehemaligen Kantine nicht auf gleiche Weise verfahren wurde, bleibt ungeklärt.

³⁷ Dittmar, Ärztehaus Thüringen, wie Anm. 7, hier: S. 11.

³⁸ So muss dem damaligen Kantinenraum insgesamt ein großes Augenmerk gegolten haben: Laut den Erstellungskosten des ›Ärztehauses‹ war die Wand (vermutlich etwa hüfthoch) mit Holz verkleidet, der Boden als Parkett ausgeführt. Auch die Vergabe der Aufträge an nicht unbekanntene Künstler – in diesem Fall war Hans Kämpfe, für den sich Gropius Anfang der 1920er-Jahre als Werkstattleiter am Staatlichen Bauhaus in Weimar interessiert hatte, mit Bildhauerarbeiten beteiligt – deutet auf den hohen Stellenwert hin, den der Raum für die thüringische NS-Ärzteschaft einnahm. Zu Kämpfes Bewerbung am Staatlichen Bauhaus Weimar siehe Hauptstaatsarchiv Weimar, Staatliches Bauhaus Weimar, Nr. 115, Bl. 200. Online einzusehen unter Archivportal Thüringen, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:urmel-a2a0237f-d006-4040-8190-4bcfb4c5c24d1> [Stand: 11.08.2023]. Vgl. auch ebd., Nr. 123, Bl. 32. Online einzusehen unter Archivportal Thüringen, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:urmel-f7ef65e5-9624-4615-83b7-c06f69fa071d5> [Stand: 11.08.2023].

NS-Ästhetik und bürokratischem Täterhandeln im Kontext der ehemaligen Kurthstraße nachzugehen → **Hallmann: Bürokratie und Ästhetisierung**. Dabei stellt sich nicht zuletzt die Frage, inwiefern auf der Basis einiger weniger Archivalien, die Auskunft über die ursprüngliche NS-ideologische Gestaltung von Räumen innerhalb des »Ärztehauses« geben, die einstige ästhetische Bedeutung erkundet werden kann. Möglicherweise sind in diesem Kontext neben theoretischen Auseinandersetzungen auch künstlerische Mittel gewinnbringend → **Hallmann: Bürokratie und Ästhetisierung**. Letztere sehen sich wiederum mit der Aufgabe konfrontiert, die einst durch die Gestaltung spezifischer Räume des »Ärztehauses« evokierte Atmosphäre(n) auch dekonstruieren zu müssen.

Genese des Forschungsprojektes *Die Geschichte der Bauhausstraße 11*

Rund 20 Jahre hat es gedauert, bis es seitens der Bauhaus-Universität Weimar im Allgemeinen und der Fakultät Medien im Besonderen erste Bestrebungen gab, sich der belasteten Geschichte des Gebäudes zu widmen. Nachdem das Gebäude in den 1990er-Jahren Gegenstand architekturhistorischer Forschungen war, kontextualisierte ein 2017 bis 2018 im Masterstudien-gang Urbanistik durchgeführtes Forschungsprojekt das Gebäude erstmals als ein durch die Universität genutztes Gebäude, an dessen NS-Vergangenheit nicht erinnert wird.³⁹ Ebenfalls im Jahr 2018 begannen Studierende und Lehrende der Medienwissenschaft und anderer Disziplinen nach einem Aufruf des Wissenschaftlichen Mitarbeiters Nicolas Oxen, die Geschichte des Gebäudes und seiner Nutzung aufzuarbeiten. Es fanden erste Gespräche der Initiative mit der Fakultätsleitung und der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen bezüglich einer nachhaltigen Strategie der Erinnerungsarbeit rund um das Gebäude statt.

Im Rahmen des interdisziplinären Studienmoduls *Intervention und Erinnerung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von NS-Architektur an der Bauhaus-Universität und in Weimar* wurden im Wintersemester 2019/20 die Leerstellen, die das Gebäude aufruft, weiter erforscht. Es entstanden Seminar- und Abschlussarbeiten, die unter anderem das Bildprogramm der Treppenhausfenster, die Institutionsgeschichte oder die Rolle von Archivalien für den Aufarbeitungsprozess thematisierten. Darüber hinaus erarbeiteten die Studierenden eine temporäre Informationstafel, die im Foyer aufgestellt wurde und die erste Rechercheergebnisse transparent machte.

Ein weiteres Ergebnis des Studienmoduls war die Sichtbarmachung der eingangs genannten NS-Verwaltungsorganisationen, die ursprünglich im Gebäude ansässig waren. Indem die Namen der Institutionen auf die Setzstufen der Haupttreppe angebracht wurden, erfuhr die zur Gewohnheit gewordene und damit zumeist unreflektierte Bewegung durch das Treppenhaus eine Irritation. Bewusst irritieren wollte auch der Akt der temporären Verhüllung der Fenster durch transparente Plastikfolien, der von einer Studierendengruppe durchgeführt wurde. Diese Form der Intervention machte darauf aufmerksam, wie stark Gebäudenutzer:innen in die Geschichte des Hauses verfangen waren – und sind – und dass Sichtbarkeit und Unsichtbarmachung von der täglichen Wahrnehmung abhängen. Nicht zuletzt appellierte die vorübergehende Verhüllung der Fenster daran, dass sich eine zukünftige Gestaltung von

Erinnerungsmedien auch mit der Lenkung der Wahrnehmung im Gebäude auseinandersetzen muss, mit ihrer immer noch teils wirksamen – wenn natürlich in anderen historischen Kontexten stehenden – Ästhetik.



Abb. 2: Studentische Intervention: temporäre Verhüllung der Treppenhausfenster, Bilder: Natalia Chávez Hoffmeister.

Nochmals wurde die Dringlichkeit deutlich, an diesem Ort die Diskussion zu führen, wie eine nachhaltige, eindeutige und trotzdem mehrdimensionale und komplexe Form des Erinnerens aussehen kann. Die aus diesen Überlegungen resultierenden Stationen werden aktuell mit der Unterstützung der Grafikerin Anne Genkel umgesetzt und werden in Entwurfsform in diesen Band integriert.

Forschungs- und Vermittlungsprojekt

Aufbauend auf den Vorarbeiten der Studierenden (siehe Danksagung) und in Gesprächen mit der Hochschulleitung und der Gebäudeeigentümerin entstand die Idee, ein Forschungs- und Vermittlungsprojekt durchzuführen. Im September 2020 wurde der Antrag durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen bewilligt, eine Projektstelle für den Zeitraum von 2021 bis 2023 einzurichten.⁴⁰ Zu den Anliegen des Forschungsprojektes gehörte zunächst die nähere historische Aufarbeitung der Gebäudegeschichte und der in ihm ansässigen Institutionen sowie die überfachliche und außeruniversitäre Vermittlung in Rundgängen und an Jahrestagen. Daneben galt es, ein Konzept für die Markierung des Ortes als NS-Täterort zu erarbeiten und dieses gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen sowie der Fakultät Medien zur Realisierung zu bringen.

³⁹ Jannik Noeske, Fabrizio Suma, Luisa Weiß: »Aneignung und Auseinandersetzung. Gebäude der Bauhaus-Universität Weimar in der NS-Zeit: Gauforum, Ärztehaus, Rasseamt und Ghettohaus«, in: Max Welch Guerra (Hrsg.): Die Bauhaus-Universität Weimar und die politische Geschichte hinter ihrem Städtebau, Weimar 2018, S. 114–125.

⁴⁰ Projektleitung: Julia Bee, (ehem. Professur für Bildtheorie), seit Sommer 2022: Jörg Paulus; Projektstelle: Lilli Hallmann; Wissenschaftliche Mitarbeit: Franziska Klemstein, Jannik Noeske; studentische Mitarbeit: Ivana Buhl (Dokumentation, Recherche), Anne Genkel (Grafik, Homepage, Öffentlichkeitsarbeit).

Innerhalb der Projektlaufzeit zeichnete sich alsbald ab, dass sich eine breite Öffentlichkeit für die problematische Gebäudenutzung und -gestaltung sowie die damit einhergehende Frage nach einer adäquaten Aufarbeitung interessierte. Die Relevanz des Themas konnte insbesondere an der Fakultät Medien, aber auch darüber hinaus in weiteren universitären Bereichen verdeutlicht werden. Die positive Resonanz war unter anderem im Rahmen der öffentlichen Rundgänge erkennbar, an denen neben zahlreichen Studierenden und Mitarbeitende unterschiedlicher Fakultäten auch externe Interessierte teilnahmen, darunter Mitarbeiter:innen des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege Erfurt oder die Weimarer Stadtführer:innen. Darüber hinaus gab es auch mit anderen geschichtspolitischen Akteur:innen in Weimar – wie der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora oder dem Geschichtsverein Lernort Weimar e. V. – einen regen fachlichen Austausch zum Gebäude.

Meilenstein: Die Tagung *Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen*

Ende September 2022 konnte die Tagung *Erinnern gestalten* in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen und mit internationaler Beteiligung realisiert werden. Im Rahmen der zweitägigen Konferenz kamen Forscher:innen verschiedener Disziplinen im Audimax der Bauhaus-Universität Weimar zusammen, um über Formen und Praktiken von Täterschaft im Kontext der NS-Gesundheitspolitik zu debattieren, aber auch, um über Formate des Erinnerns an im Namen des NS-Gesundheitswesens begangene Verbrechen nachzudenken. Vor dem Hintergrund des späten Einsetzens der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Gebäuden, die heute von der Bauhaus-Universität Weimar bespielt werden, stellt die Tagung *Erinnern Gestalten: Orte der NS-Medizinverbrechen* einen Meilenstein auf dem Weg zu einer aktiven Erinnerungskultur an der Universität dar. Das Datum der Tagung war bewusst gewählt: Am 30. September 2022 jährte sich zum 84. Mal der Tag, an dem im damaligen ›Deutschen Reich‹ jüdischen Ärztinnen und Ärzten die Approbation entzogen wurde.

Analog zu den am Forschungsprojekt beteiligten Disziplinen wurde auch mit der Tagung eine interdisziplinäre Perspektive verfolgt, um sowohl die Charakteristika des Standortes Weimar als auch das Netzwerk der NS-Medizintäterschaft in Thüringen sowie Praktiken der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik an weiteren Täterorten im ehemaligen ›Deutschen Reich‹ nachzeichnen zu können. Aus diesem Grund versammelte die Tagung Medienwissenschaftler:innen, Historiker:innen sowie Akteur:innen der Geschichtsvermittlung und Erinnerungspolitik. Das Symposium bot die Möglichkeit, den im Forschungsprojekt gesetzten Fokus auf die Untersuchung des lokalen Netzwerkes auszuweiten und somit auch überregional Perspektiven auf Täterorte zu entwickeln. Nicht zuletzt sollen mittels des vorliegenden Bandes die im Rahmen der Tagung vorgetragenen Vorträge dauerhaft einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies sind die Beiträge von Yael Bachrach Barzilai, Manuela Bauche, Danna Marshall, Volker Strähle, Jörg Paulus, Kristin Victor, Lilli Hallmann, sowie Rebecca Schwoch, Viola Schubert-Lehnhardt, Dorothee Schlüter, Daniel Logemann und Jens-Christian Wagner, die insbesondere historische Zusammenhänge umreißen und die Vielfalt der Perspektiven auf die Themen Architektur, Gesundheit, Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis aufzeigen. Max Welch Guerra, Herausgeber der ersten studentischen Publikation zur Rolle heutiger Universitätsgebäude während des NS, hatte die Tagungsmoderation inne und ist im vorliegenden Band mit einem Interview vertreten. Im Sommer 2023 sprachen wir hierfür mit ihm über die europäische Dimension dieser Fragen.

Konzeptentwurf für Erinnerungsmedien und einen Erinnerungsrundgang

Als ein vor Ort sichtbares Ergebnis des Forschungsprojektes wird bis zum Ende der Projektlaufzeit im November 2023 ein Erinnerungsrundgang entwickelt, der über die NS-belastete Vergangenheit der heutigen Bauhausstraße 11 informiert und helfen soll, die vorhandenen Elemente wie Fenstermotivik und entsprechende Bauelemente kritisch wahrzunehmen
→ **Genkel: Entwicklung der Erinnerungsmedien.** Der Erinnerungsrundgang entwickelt sich entlang von insgesamt fünf Stationen, die jeweils einem thematischen Schwerpunkt gewidmet sind. Die erste Station, die sich im Außenbereich befindet, richtet sich in Form einer Stele mit Informationstexten nicht nur an Universitätsangehörige, sondern auch an Passant:innen. An dieser Stelle wird darüber informiert, inwiefern das Gebäude in seiner ehemaligen Funktion als ›Thüringer Ärztehaus‹ als Täterort im Nationalsozialismus einzuordnen ist. Dabei wird auch die Rolle thematisiert, die die Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands nicht nur als Bauauftraggeberin, sondern auch als maßgebliche Akteurin der Entrechtungspolitik gegenüber jüdischen und anderweitig verfolgten Ärzt:innen spielte.

Die zweite Station, die sich im heutigen Foyer befinden wird, weist auf die ursprüngliche Gestaltung der Eingangshalle hin, innerhalb derer sich deutlich gezeigt haben dürfte, dass sich die thüringische NS-Ärztenschaft in Form des ›Ärztshauses‹ als elitäre Gemeinschaft inszenierte. Das Aussehen des als ›Ehrenhalle‹ bezeichneten Eingangsbereichs ist lediglich in schriftlicher Form überliefert. Aus diesem Grund haben wir uns für eine künstlerische Interpretation entschieden, die auf Grundlage der historischen Dokumente durch den Künstler und Illustrator Marcus Horn im Jahr 2023 geschaffen wurde und – wie bereits erwähnt – auch im vorliegenden Band zu sehen ist.

Absicht der dritten Station ist es, zu Beginn des Treppenlaufes im Haupttreppenhaus die Gestaltung der Fenster kritisch einzuordnen, damit die heute noch deutlich sichtbaren Spuren nationalsozialistischer Vergangenheit im Gebäude nicht mehr unkommentiert existieren. Auch die einst im Rahmen einer studentischen Intervention auf den Setzstufen der Haupttreppe angebrachten Schriftzüge, die die Namen der einst hier ansässigen NS-Institutionen tragen, sollen nach der Gebäudesanierung wieder angebracht werden.

Schließlich klärt eine Informationstafel im zweiten Obergeschoss über die ursprüngliche Nutzung des Raumes als Kantine auf und geht auf die heute noch sichtbare, problematische Deckengestaltung ein, die hier bereits im Unterkapitel *Bleiglasfenster- und Deckengestaltung als Zeugnisse nationalsozialistischer Vergangenheit* angerissen wurde.

Mithilfe der über das Gebäude verteilten informierenden und kommentierenden Medien sollen bisher unerklärt existierende Elemente mit einem diskursiven und gestalterischen Reflexionsprozess gerahmt werden. Darüber hinaus wird beabsichtigt, die noch heute präsenten NS-ideologischen Narrative – insbesondere des Bildprogrammes der Treppenhausfenster sowie der Deckengestaltungselemente der ehemaligen Kantine – nicht nur kritisch zu kommentieren, sondern im selben Moment auch auf der Wahrnehmungsebene zu brechen.

Teil des Erinnerungsprozesses im Kontext des ehemaligen Ärztehauses ist es also auch, nach objekt- und städtebaubezogenen Zusammenhängen von physischem Raum und erinnerter Geschichte zu fragen. Aus diesem Grund verbinden wir innerhalb der vorliegenden Publikation den Themenkomplex *Räume der Erinnerung*, der das erste Kapitel darstellt, mit dem abschließenden Kapitel *Erinnern gestalten*. In ersterem wird das ›Ärztshauses‹ als unbequemes

Denkmal vorgestellt → **Klemstein: unbequemes Denkmal?**, in Letzterem als Teil einer Erinnerungstopografie, die an diesem konkreten Standort der Bauhaus-Universität Weimar längst besteht – aber weiter Teil der universitären Auseinandersetzung bleiben muss → **Noeske: Erinnerungstopographie**. Die in diesen Beiträgen vorgestellten Überlegungen verdeutlichen, dass eine denkmalgerechte Instandsetzung des Gebäudes kritisch begleitet werden muss, um dieses in Zukunft stärker als Träger von Erinnerung sowie als Akteur im universitär genutzten Quartier präsentieren zu können.

Erinnerungstopografien auf dem Campus der Bauhaus-Universität Weimar

Die Relevanz der Erinnerungsarbeit ist an der Bauhaus-Universität Weimar zuletzt stärker ins Bewusstsein getreten. Dies zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass – gewissermaßen anknüpfend an die Ergebnisse und als inhaltliche Fortsetzung des Projektes zur Geschichte der Bauhausstraße 11 – ein Forschungsprojekt bewilligt wurde, das zwei weitere Orte auf dem Universitätscampus in den Fokus rückt, die ebenfalls in die Unrechtsgeschichte des Nationalsozialismus eingebunden waren. Das von der Bauhaus-Universität Weimar finanzierte Projekt nahm im Juni 2023 seine Arbeit auf, um bis Herbst 2024 auch in Hinblick auf die heute durch die Fakultät Bauingenieurwesen genutzten Gebäude in der Marienstraße 13/15 sowie auf die Belvederer Allee 6, den heutigen Sitz des Kanzlers sowie der Verwaltung der Bauhaus-Universität Weimar, Informationsmedien zu entwickeln.⁴¹

In den Räumen der Marienstraße 13 und 15 war von 1935 bis 1945 das »Thüringische Landesamt für Rassewesen« angesiedelt und damit eine NS-Institution, in der die rassistische Bevölkerungspolitik wissenschaftlich legitimiert wurde und die als ideologische Propagandamaschine fungierte. Dafür organisierten die Mitarbeitenden des Landesamtes beispielsweise Kurse und Vorträge, in denen Lehrer:innen, Ärzten und Ärztinnen und vielen weiteren Berufsgruppen antisemitische, rassistische und behindertenfeindliche Inhalte vermittelt wurden. Des Weiteren wurden im Umfeld des Landesamtes Gutachten erstellt, die tausende Thüringer:innen als »erbkrank« stigmatisierten und von einer umfassenden Überwachung der Bevölkerung zeugen. Den Betroffenen wurde im Kontext der menschenfeindlichen NS-Gesundheitspolitik und insbesondere des NS-»Euthanasie«-Programmes das Recht auf Fortpflanzung abgesprochen – die meisten von ihnen wurden in thüringischen Krankenhäusern zwangssterilisiert. Bis heute fehlt es auch hier an einem sichtbaren Erinnerungsmedium, das im Rahmen des Projektes nun aber gestaltet wird.⁴²

⁴¹ Das Projekt *Erinnerungsmedien* wird vom Präsidium der Bauhaus-Universität Weimar finanziert. Dr. Horst Henrici, Kanzler der Bauhaus-Universität Weimar, setzte sich von Beginn an für die Förderung des Projektes ein. Die Projektstelle hat Jannik Noeske inne, darüber hinaus sind unter anderem mit dem Servicezentrum Liegenschaften und dem Internationalen Heritage-Zentrum weitere universitäre Akteur:innen beteiligt, siehe Projektankündigung wie Anm. 1. Daneben adressiert das ebenfalls in Anm. 1 erwähnte Projekt *Beredtes Schweigen* die Schicksale der Opfer von Eugenik-Verbrechen im NS mit künstlerischen, performativen und partizipativen Mitteln.

⁴² Mit freundlicher Unterstützung der Fakultät Bauingenieurwesen konnte auch hier eine temporäre Infotafel erarbeitet werden, die über Geschichte der Marienstraße 13/15 informiert und im Foyer der Marienstraße 13 aufgestellt wurde (Recherche: Forschungsprojekt *Die Geschichte der Bauhausstraße 11*, Gestaltung: Anne Genkel).



Abb. 3: Studentische Intervention: Markierung der Marienstraße 13/15 als NS-Täterort, Bild: Ivana Buhl.

Die Verbrechen der Zwangssterilisierungspolitik, die von Akteur:innen wie dem »Thüringischen Landesamt für Rassewesen« oder städtischen Krankenhäusern in Thüringen, nicht zuletzt dem Weimarer Kreiskrankenhaus, mit ermöglicht wurden, werden auch im vorliegenden Band verhandelt. Dabei liegt der Fokus auf dem Zusammenhang von Zwangsabtreibungen und zwangsarbeitenden Frauen im ehemaligen NS-Gau Thüringen → **Schlüter, Logemann: Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus** sowie auf der Frage nach Schuld und (Mit-)Täterinnenschaft von Mitarbeiterinnen im NS-Gesundheitswesen → **Schubert-Lehnhardt: Schuld und Täterschaft von Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen**.

Bei dem zweiten Gebäude, das im Rahmen Projektes *Erinnerungsmedien auf dem Campus* beleuchtet werden soll, handelt es sich um das Haus in der Belvederer Allee 6. Dieser Ort wiederum ist eng verbunden mit den nationalsozialistischen Praktiken der Entrechtung und Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung Weimars. Auf Grundlage des im April 1939 erlassenen Gesetzes »über Mietverhältnisse mit Juden« legitimierten die Nationalsozialisten das erzwungene Zusammenlegen von Jüdinnen:Juden in Häusern jüdischer Eigentümer:innen. Im Zuge dessen wurde auch das Gebäude in der Belvederer Allee 6, in dem zu diesem Zeitpunkt die jüdische Musikerin Jenny Fleischer-Alt lebte, zu einem sogenannten Judenhaus umfunktioniert. Keine der ab 1940 im Haus lebenden Personen hat das Nazi-Regime überlebt. Die Bewohner:innen starben entweder an den Folgen einer unzureichenden medizinischen Versorgung, durch Suizid oder wurden in den Ghettos oder Konzentrationslagern, in die sie verschleppt wurden, ermordet. Vor dem Gebäude machen Stolpersteine, die 2008 durch den Verein *Lernort Weimar* verlegt wurden, auf das Schicksal der einst hier Lebenden aufmerksam.⁴³ Eine Gedenktafel, die an der Hausfassade angebracht ist, weist seit den 1990er-Jahren auf das Schicksal der

⁴³ Zur Biografie Fleischer-Alts und deren Familie siehe Lernort Weimar: »Eine glockenhelle Stimme wird zum Schweigen gebracht. Jenny Fleischer-Alt und Ilka und Edith Gál«, https://lernort-weimar.de/stolpersteine/jenny_fleischer-alt_familie_gal/eine-glockenhelle-stimme-wird-zum-schweigen-gebracht/ [Stand: 14.08.2023].

damaligen Bewohner:innen des Hauses hin, soll nun aber durch erweiterte Informationsmedien ergänzt werden.

Besonderheiten und Herausforderungen

Mit der vorliegenden Publikation wird der Standort der heutigen Bauhausstraße 11 erstmalig dezidiert als Täterort im NS angesprochen und verhandelt. Anhand der Themenfelder *Räume der Erinnerung*, *›Volksgesundheit‹ und Verbrechen im Nationalsozialismus*, *Geschichte vergegenwärtigen* und *Erinnern gestalten* soll das Gebäude in der heutigen Bauhausstraße 11 räumlich in Weimar und Thüringen, erinnerungspolitisch aber in einer seit Jahrzehnten erkämpften Landschaft des Gedenkens an nationalsozialistische Verbrechen verortet werden.

Die künstlerischen und grafischen Auseinandersetzungen, die unser Buch neben den wissenschaftlichen und essayistischen Beiträgen prägen, reflektieren die Aushandlung des Forschungsprojektes zwischen Forschung, Wissenschaft, Lehre und Vermittlung. Nicht zuletzt ist die gesamte von Ricarda Löser vorgenommene Gestaltung des Buches eine künstlerische Antwort auf die Frage, wie wissenschaftliche, essayistische und kreative Beiträge miteinander verbunden werden können, ohne dabei eine ungewollte Re-Ästhetisierung der zu problematisierenden Themen und Gegenstände zu erzeugen.

Auch auf einer anderen Ebene – der sprachlichen – galt es im Verlauf der Publikationserstellung zu reflektieren, ab wann eine Reproduktion von NS-Ideologemen vorliegt und inwiefern eine solche vermieden werden kann. *Muss* das im Kontext der NS-Gesundheitspolitik angewandte rassistische und anderweitig diskriminierende und menschenverachtende Vokabular zitiert werden, um die Perfidität des Systems darzulegen? Oder *kann* es verwendet werden, insofern es unabdingbar für die eigene Argumentation ist? Widerspricht das bewusste Weglassen NS-ideologischer Sprache dem Bestreben, einen Beitrag zu Sichtbarkeit und Aufarbeitung leisten zu wollen? Kann nicht vielmehr die kritische Um-Schreibung bereits als ein Akt der Sichtbarmachung aufgefasst werden, gewissermaßen als eine Übersetzung, insofern sie freilegt, was die nazistische Sprache zu tarnen, umzudeuten, zu verleugnen, zu zerstören oder zu verschweigen beabsichtigt? Es bedarf einer Entscheidung der Forschenden und eine Auseinandersetzung der Beteiligten, um jenes Spannungsverhältnis oder Vakuum zwischen Wiedergabe und deutlicher kritischer Kommentierung zu definieren. Wir als Herausgeber:innen haben uns für eine Vermeidung oder in Einzelfällen sehr dosierte Verwendung der Begriffe in unseren eigenen Beiträgen entschieden, sprechen aber nicht für alle Autor:innen im Band.

Die offensichtlichste Frage stellte sich in Hinblick auf die sprachliche Abbildung von Geschlechtlichkeit. Grundsätzlich wird im vorliegenden Text geschlechtergerechte Sprache verwendet. Teilweise entsprechen die Praktiken der Sichtbarmachung und Ansprache vielfältiger Geschlechter jedoch nicht den realen Gegebenheiten innerhalb des zu betrachtenden historischen Kontextes, handelt es sich im Falle des NS-Regimes doch um einen dezidiert männlich geprägten, extrem hierarchisch gegliederten Raum. Wenn also im weiteren Textverlauf in bestimmten Fällen ausschließlich das Maskulinum angewandt wird, geschieht dies nicht aus dem Grund, Frauen im NS nicht als Täterinnen ansprechen zu wollen. Vielmehr soll damit aufgezeigt werden, dass der Bereich Gesundheitspolitik im NS nicht losgelöst von anderen ideologisch besetzten Feldern – wie eben der Geschlechterpolitik – betrachtet werden kann. Sofern aufgrund der Quellenlage davon auszugehen ist, dass ein Begriff ausschließlich eine von Männern eingenommene Position beschreibt, wird dementsprechend die männliche Form verwendet. Beispielsweise nahm die Funktionen der Gauamtsleitung keine als Frau

gelesene Person ein, weshalb in diesem Beispiel ausschließlich von einem Gauamtsleiter die Rede ist. In manchen Fällen fällt es schwer, eine eindeutige Entscheidung zu treffen, wann die geschlechterdiverse Perspektive verlassen und wann sie beibehalten wird. Im Rahmen des vorliegenden Bandes haben wir uns dazu entschlossen, diese Uneindeutigkeit bestehen zu lassen, weshalb an manchen Stellen das Wort Nationalsozialist:innen verwendet wird, an anderen wiederum Nationalsozialisten oder Nationalsozialistinnen. Ebenso verhält es sich mit dem Begriff Täter:innen/Täter/Täterinnen.

Darüber hinaus galt es, die Reproduktion vermeintlicher medizinischer Fachbegriffe zu historisieren. Die ohnehin willkürlich ausgesprochenen Diagnosen wurden teilweise mit damals gängigen Fachbegriffen begründet, die heute nichts weiter als Diffamierungen darstellen. Andere vermeintlich medizinische Krankheitsbezeichnungen wurden schon dereinst zur rhetorischen Verunglimpfung von unerwünschten Bevölkerungsgruppen genutzt, als medizinisch legitimierte Diagnosen wurden sie aber zu gefährlichen Instrumenten der menschenfeindlichen Bevölkerungspolitik. Die hier versammelten Beiträge finden – wie die medizinhistorische Forschung insgesamt – unterschiedliche Lösungen für diese sprachlichen Herausforderungen, die aus internen Diskussionen hervorgegangen sind.

Danksagung

Wir möchten als Projektteam all jenen (ehemaligen) Studierenden herzlich danken, die sich für eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen Bauhausstraße 11 eingesetzt haben. Konkret gilt der Dank Luise Atze, Leonie Becker, Jonas Böddicker und der *eject* – Zeitschrift für Medienkultur, Ivana Buhl, Rieke Falkenstein, Christophe Favre, Anne Genkel, Susan Goldammer, Timo Haacke, Maxim Hermann, Paula Jakob, Max Königshofen, Ludwig Lorenz und Carolin Schmidt. Der vorliegende Band und die Kooperation mit dem LUCIA Verlag soll dazu ermutigen, an der weiteren Ausgestaltung einer Gedenk- und Erinnerungslandschaft am Campus, in Weimar und darüber hinaus mitzuwirken. In diesem Sinne verbleiben die Einnahmen, die durch den Verkauf der vorliegenden Publikation erzielt werden, innerhalb des Verlages, um zukünftige (studentische) Publikationsprojekte im universitären Rahmen zu unterstützen.

Neben Studierenden konnte die Initiative und das Forschungsprojekt zur Geschichte der Bauhausstraße 11 stets auf das Engagement weiterer Akteur:innen der Bauhaus-Universität Weimar zählen. Für ihre tatkräftige Unterstützung möchten wir uns ganz herzlich bedanken bei Jutta Emes, Lorenz Engell, Simon Frisch, Horst Henrici, Nicolas Oxen, allen Mitarbeiter:innen der Öffentlichkeitsarbeit sowie Jörg Paulus, Susanne Rößler, Henning Schmidgen, der Universitätsbibliothek – insbesondere bei Dana Horch, Katrin Richter und Frank Simon-Ritz – Christiane Voß als Sprecherin und allen Beteiligten des Graduiertenkollegs Medienanthropologie, die das Projekt inhaltlich und finanziell unterstützten und nicht zuletzt bei Max Welch Guerra, der unser Vorhaben begleitet und den ersten Anstoß für eine Auseinandersetzung aus der Urbanistik gegeben hat.

Ein großer Dank gilt zudem allen Kooperationspartner:innen, mit deren Hilfe das Forschungsprojekt über den universitären Rahmen hinaus agieren und Veranstaltungen realisieren konnte: den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora – hier seien insbesondere Daniel Logemann, Dorothee Schlüter und Jens-Christian Wagner genannt – sowie den Mitarbeitenden des Lernort Weimar e.V., Steffi von dem Fange und Jonny Thimm, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und hierbei insbesondere Volker Hinck. Ebenso bedanken wir uns bei der

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, ohne die die Tagung *Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen* nicht durchführbar gewesen wäre.

Gedankt sei auch dem Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar und hierbei insbesondere Frank Boblenz, sowie dem Stadtarchiv Weimar und Jens Riederer für die langjährige ideelle und materielle Unterstützung.

Für die kontinuierliche Zusammenarbeit und inhaltliche Beratung gilt unser Dank Erik Beck (Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945) und Karl Banghard (Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen).

Der vorliegende Band wurde aufgrund großzügiger Unterstützung von verschiedenen Seiten ermöglicht. Mit LUCIA konnte ein regionaler, eng mit der Bauhaus-Universität Weimar verwobener Verlag gewonnen werden, dessen Zustandekommen – ebenso wie das des Forschungsprojektes zur Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11 – maßgeblich einer studentischen Initiative zu verdanken ist.

Unser großer Dank gilt der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen – und persönlich Marco Effenberger, Jörg Mertz und Thomas Schröter. Für die finanzielle Förderung, das Vertrauen und die stetige Unterstützung sämtlicher Vorhaben des Forschungs- und Vermittlungsprojekts möchten wir uns herzlich bedanken. Nicht zuletzt zeugt diese Art der Zusammenarbeit von der Möglichkeit, dass Akteur:innen sehr unterschiedlicher Wirkungsfelder im Sinne der Aufarbeitung von NS-Medizinverbrechen Synergien bilden können. Die Umsetzung der zukünftigen Erinnerungsmedien liegt wesentlich in der Zusammenarbeit der Fakultät Medien und der KVT begründet und wir freuen uns auf die nun anstehenden Schritte in der Umsetzung.

GESTALTUNG: ANNE GENKEL

Die Geschichte der Bauhausstraße 11 – eine Annäherung



Rechtsbild: Weimar, 53 24/1 Bd 141; Foto/Reproduktion: Wolfgang Kumpel

1933
Kurtstraße 11 wird von Bürgervereinsgesellschaft genutzt
Gebäude in Carl-Alexander-Allee 9 fungiert als Ärztehaus Thüringen (ansässig u. a.: Landes- und Bezirksstelle Thüringen der KVD, Geschäftsstelle Thür. Ärztekammer, Amt für Volksgesundheit des Gau Thüringen, Gebietsarzt der HJ)

1937
offizielle Einweihung des sog. Thüringer Ärztehauses durch Richard Rohde (Gaulenleiter von Thüringen; Führer der thüringischen Ärzteschaft, Leiter fast aller ansässigen Dienststellen u. a. Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle Thüringen, Ärztekammer Thüringen, Amt für Volksgesundheit, Gaugeschäftsstelle des NSD-Ärztbundes)

1936
Errichtung „Ärztelhaus Thüringen“ in damaliger Kurtstr. 11, Erstellungskosten: ca. 490 000 RM (Grundstück, Gebäude, Baukosten)
Einrichtung der ersten Dienststellen

1935
Beauftragung Georg Schirrmeyer durch die KVD
Einreichung Bauantrag bei Stadtbaumeister Weimar

1947
Nutzung durch Landratsamt Weimar, Streit um Inventargegenstände der ehemaligen KVD

1946
1946 Zwangsauflösung der Ärztekammer; Landesgesundheitsamt gilt als Rechtsnachfolger der KVD und übernimmt „Ärztelhaus“

Prozess der Enteignung der Ärztekammer und Kassenärztlichen Vereinigung nicht vollständig dokumentiert
Unklarheit über Umgang mit ehemaligen Vermögen der KVD

1945
April 1945 Eintreffen des 319. US-Infanterieregiments der US-Army in Weimar

Juli 1945
Besetzung Weimars durch Stalins 8. Gardearmee
Besetzung des Gebäudes durch Sowjetische Militäradministration



© Stadtarchiv Weimar, 53 24/1 Bd 141; Foto/Reproduktion: Wolfgang Kumpel

1951
Treuhänder wird für Sichtung der Vermögensbilanz der ehem. KVD Landesstelle Thüringen und Ärztekammer Thüringen beauftragt: »Probleme mit lückenhafter Überlieferung«

Landesarbeitskommission Ärzte fordert Nutzung des Gebäudes als »Ärzte-Kulturhaus« mit Ärzteschule und angeschlossenen Internat

1950
Nutzung durch Ministerium für Staatssicherheit



© Unbekannt; ein großer Dank an die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen für die Bereitstellung

1997
Umzug der KVT an den Hospitalgraben
Vermietung an Bauhaus-Universität Weimar

1993
offizielle Rückübertragung an die KVT

1992
Beginn der Modernisierung

1990
Nutzung als Jugendgästehaus, schrittweise Nutzung durch KVT
Antrag auf Rückübertragung und vollständige Nutzung durch KVT e. V.

2022
Beginn der Sanierungsarbeiten, vorübergehender Auszug der Fakultät Medien

2019
Seminar zur Geschichte des Hauses, Intervention und Ausstellung im Haus, Beginn des Forschungs- und Vermittlungsprojektes *Geschichte der B11*

2018
Gründung der Initiative *Glasfenster an der B11*

2023
Abschluss des Forschungsprojektes *Die Geschichte der Bauhausstraße 11* voraussichtlich 2024: Abschluss der Sanierungsarbeiten, Wiedereinzug der Fakultät Medien der Bauhaus-Universität Weimar



© Ivana Buhl

1936-1945
KVD, Landesstelle Thüringen

1946-1947
Kasernierte Bereitschaftspolizei

1945-1946
Sowjetische Militäradministration

1950-1973
SED-Bezirksparteischule

1973-1989
Nutzung als FDJ-Sonderschule

1990
Nutzung als Jugendgästehaus, schrittweise Nutzung durch KVT e. V.

1990-1997
KV Thüringen

1997 bis heute
Bauhaus-Universität Weimar, Nutzung durch Fakultät Medien

Hinweis
Mit der grafischen Darstellung zur Geschichte der heutigen Bauhausstraße 11 soll kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Da die Quellenlage zur Gebäudebiografie lediglich lückenhaft vorhanden ist und es insbesondere während der DDR zu häufigen Wechslern bezüglich der Gebäudenutzung kam, soll der hier abgebildete Zeitstrahl als eine Annäherung an die wechselhafte Geschichte des Hauses verstanden werden.